

# Marine Le Pen und Geert Wilders im Zweckbündnis gegen die EU

## Beide wollen ins EU-Parlament um die EU auszuhebeln

AUS PARIS

**DANNY LEDER**

Obwohl sie sich selber als *„EU-Phobikerin“* definiert, ist Marine Le Pen unermüdlich unterwegs, um ein Zweckbündnis rechtspopulistischer Parteien zu schmieden, das nach den EU-Wahlen im Mai 2014 die Bildung einer eigenen Fraktion im europäischen Parlament ermöglichen soll. Mit dem gestrigen Treffen zwischen der Vorsitzenden der französischen *„Front national“* und dem Chef der niederländischen *„Partei für die Freiheit“*, Geert Wilders, in Den Haag nimmt dieses Bündnis genügend klare Konturen an, um dessen programmatische Substanzlosigkeit zu veranschaulichen.

Beide wissen, als was sie nicht erscheinen wollen, nämlich als Nachfolgebewegungen der Nazis oder anderer faschistischer Vorkriegsparteien, weswegen sie sich von der ungarischen Jobbik und ähnlichen Vereinen abgrenzen. Beide wissen auch, wogegen sie sind, nämlich den freien Personenverkehr in der Schengenzone, den EU-Binnenmarkt, den Euro und die Migranten aus muslimischen Ländern – obwohl in letzterem Fall, Differenzen anklingen: Wilders vergleicht den Koran mit Hitlers *„Mein Kampf“* und möchte ihn verbieten, während Le Pen einen diskreten und begrenzten Islam als Komponente Frankreichs akzeptiert.

Aber was käme nach dem *„Zusammenbruch der Europäischen Union“*, den Marine Le Pen in einem Kurier-Interview im Juni 2012 als ihr *„Wunschziel“* bezeichnet hatte? Die vage Antwort lautet *„Patriotismus“*. Mehr ist nicht drin, weil beide grundverschiedene Lösungsvorschläge für die wirtschaftlichen Probleme ihrer jeweiligen Länder anbieten: Marine Le Pen will bei der Aufwertung des Staats, den Reichensteuern, den Gehaltserhöhungen für Niedrigverdiener und in Sachen Pensionsantritt ab 60 Jahren die amtierende französische Linksregierung überbieten. Wilders ist wirtschaftsliberaler Prägung und sucht in allgemeinen Steuersenkungen sein Heil.

Diese Ungereimtheiten werden die Erfolgsaussichten zumindest der *„Front national“* (FN) bei den EU-Wahlen kaum mindern. Laut Umfragen könnte sie mit 24 Prozent zur relativ stärksten Partei Frankreichs aufsteigen. Die meisten Wähler der FN wollen bloß daran glauben, dass sich ihre prekäre wirtschaftliche Lage bessern würde, wenn erst einmal *„Migranten“* von Sozialleistungen ausgeschlossen bleiben und die alten Landesgrenzen für Personen und Waren wieder dicht gemacht werden.

Auch wenn isolationistische Parteien zurzeit in mehreren europäischen Staaten Aufwind spüren und sich die EU-Wahlen traditionell als Ausstoßplatz für Protestströmungen anbieten, könnte das erwartete französische Ergebnis ernstere Konsequenzen haben. Weniger wegen des Zustandekommens einer entsprechend gefärbten Fraktion im EU-Parlament, zumal derartige Allianzen unter Nationalisten in der Vergangenheit schnell zerfielen. Aber Frankreich bildet mit Deutschland den Kern des Einigungsprozess Kontinentaleuropas. Der Durchbruch einer Bewegung, die die EU erklärtermaßen zerstören möchte, hätte eine fatale

Signalwirkung: die EU würde in eine stärkere Legitimationskrise als bisher stürzen. Während doch gerade jetzt dieser transnationale Rahmen die letzte Chance darstellt, Europas sozial regulierte Marktwirtschaft im globalen Wettlauf zu bewahren.